Zeitschrift: Schweizerische Zeitschrift für Soziale Arbeit = Revue suisse de travail social

Herausgeber: Schweizerische Gesellschaft für Soziale Arbeit

Band: - (2009)

Heft: 6-7

Buchbesprechung: Buchbesprechung = Récension critique

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 12.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Buchbesprechung / Recension critique

Matthias Bohlender: Metamorphosen des liberalen Regierungsdenkens. Politische Ökonomie, Polizei und Pauperismus
Berlin 2008: Velbrück Wissenschaft

Die Geschichte der Sozialen Arbeit in ihrer Entwicklung zu einer eigenständigen Profession und Disziplin ist in mannigfacher Weise beschrieben worden. Insbesondere Timm Kunstreich hat – in Anlehnung an Michael Foucault – mit der Setzung des Spannungsfeldes zwischen Sozialdisziplinierung (die Kunst des Regierens) und Pädagogik des Sozialen (die Kunst nicht dermassen regiert zu werden) für die Frage sensibilisiert, inwieweit Soziale Arbeit als eine sublime Sozialdisziplinierungsagentur betrachtet werden muss. Damit wird auch die Frage nach der dahinterliegenden ideengeschichtlichen Folie für den jeweiligen Zeitabschnitt virulent.

Mit seiner Habilitationsschrift bietet Matthias Bohlender, Professor für Politikwissenschaften an der Universität Osnabrück, solch eine ideengeschichtliche Folie an. Obwohl Bohlender nicht aus Sicht der Sozialen Arbeit schreibt, sind die von ihm nachgezeichneten Metamorphosen liberalen Regierungsdenkens auch für die Geschichte der Sozialen Arbeit erhellend. Im Zentrum steht der Zeitabschnitt des Aufkommens und der hegemonialen Stellung des Liberalismus im Grossbritannien des 18. und 19. Jahrhunderts, das mit John Locke, David Hume, Jeremy Bentham und John Stuart Mill das Mutterland des Liberalismus ist. Anhand der *Metamorphosen des liberalen Regierungsdenkens*, so der Titel dieser luziden Untersuchung, soll aufgezeigt werden, wie sich das liberale Regierungsdenken als Herausforderung auf gesellschaftliche Umbrüche ausbildet und welche wirtschaftspolitischen und ideengeschichtlichen Annahmen den daraus resultierenden sozial-politischen Massnahmen zugrunde lagen.

Bohlender beschreibt die Entwicklung des liberalen Regierungsdenkens nicht als sequenzielle Abfolge (Aufstieg, Blüte, Niedergang), wie sie die Klassiker von A.V. Dicey und K. Polanyi, freilich in unterschiedlicher Setzung, darstellen. Anstelle dessen wählt er den Begriff der Metamorphose. Der Liberalismus ist in dieser Lesart nicht als eine homogene

Ideologie, Philosophie oder Form des kollektiven Bewusstseins zu verstehen, sondern als reflexives Prinzip und Methode des Regierens. Seine Wirkmächtigkeit liegt darin begründet, dass er über eine enorme Wandlungsfähigkeit verfügt und seine Technologien der Macht über die Metapher der Selbstregulierung der (Markt)Gesellschaft kaschieren konnte. Evident ist, dass die Ausbreitung individueller Freiheit in Gesellschaft, Ökonomie und Staat mit einer gleichzeitigen Ausdehnung des staatlichen Zugriffs in Form von zentral verwalteter Regierungstätigkeit und professionalisierten Regierungsapparaten und -behörden korreliert. So argumentiert Bohlender, dass der Liberalismus sich eben nicht aus der Regierungsverantwortung zurückgezogen hat und ebenso wenig den Staat beseitigen will, wie häufig unterstellt wird. Vielmehr verstärkte er in einer beispiellosen Weise die Regierungsintensität, um so die Individuen und die Gesellschaft zu dem gewünschten Ordnungsmodell zu navigieren. Diese Form politischer Führung sollte eben nicht gegen, sondern durch die Freiheit der Individuen erfolgen; eine Form der Selbstdisziplinierung, die ihre Entsprechung in der Selbstregulierung der (Markt)Gesellschaft findet. Die Leitideen sind die der Freiheit und des Marktes.

Nach Bohlender lassen sich in dem benannten Zeitabschnitt drei bedeutsame Metamorphosen herauskristallisieren. Die erste Metamorphose resultiert aus der „Entdeckung" der Gesellschaft durch David Hume und dem Beginn der politischen Ökonomie durch Adam Smith. Es ist die Frage, «wie Menschen so regiert, geführt und geleitet werden können, dass diese Regierungsweise nicht ihre Freiheit, ihren Wohlstand und ihr Glück gefährdet» (S. 26). Aus dieser Fragestellung entwickelt sich die Idee einer über freie Lohnarbeit integrierten und sich selbst regulierenden Gesellschaft. Ab Mitte des 18. Jahrhunderts beginnt man zu ahnen, dass ein neuer Raum zwischen Herrscher und Untertan entstanden ist, für den die Vertragstheorien wie von Thomas Hobbes keine adäquate Lösung mehr darstellen. Die Krise der politischen Rationalität zeigt sich in der Ungewissheit darüber, wie die Menschen in der neuen, bürgerlichen Gesellschaft – die auf Arbeitsteilung, unendlichen Bedürfnissen, Ungleichheit, Reichtum und Elend beruht – regiert werden sollen. Es kommt zur Geburt einer neuen Wissenschaft: der Wissenschaft von der Politischen Ökonomie. Regieren heisst nun nicht mehr allein Macht und Gesetz auszuüben, sondern auch die Gesetzmässigkeiten zu kennen, die den gesellschaftlichen Verkehr, die Transaktionen der Menschen, regulieren. Die Regierung wird zukünftig daran gemessen, inwieweit sie die Ökonomie genügend beachtet. Die Individuen werden nicht mehr *a priori* in Stände klassifiziert und einer Auf-

gabe zugeordnet, sondern an ihrer Leistung für das Gesamtsystem gemessen, wie es François Quesnay beschrieb: «Ein jeder, der Anteil hat an den Reichtümern des Landes und der zu ihrer Beschaffung in keiner Weise beiträgt, ist für den Staat ohne Nutzen.» Kann dem Individuum keine Funktionsleistung zugesprochen werden, ist es überflüssig und damit nutzlos. Die «Nutzlosen» und «Überflüssigen» müssen jedoch in die neue Ordnung eingebunden werden. Dieses von John Locke aufgeworfene Disziplinierungsproblem kann nicht anders als durch den effektiven Einsatz strafrechtlicher und gesetzlicher Massnahmen im Sinne einer Zwangsintegration gelöst werden.

Hier knüpft die zweite Metamorphose an, die die Armut als eine Gefahr für den Fortbestand der Ordnung thematisiert. Der Liberalismus ist als eine Antwort auf die neuen Probleme der damaligen Zeit – wie die Expansion der Armut, Anstieg der Kriminalität, Entstehung massiver Arbeitslosigkeit – zu verstehen, der diese bewältigen will. Es ist die Frage, «wie man die Armen, die Arbeits- und Armutsbevölkerung auf eine Weise regiert, die den massiv wahrgenommenen Pauperismus beseitigt, ohne den notwendigen, politisch-ökonomischen konstruierten Zusammenhang von Armut und Arbeit zu gefährden» (S. 27). Der Pauperismus erwächst im Übergang vom 18. zum 19. Jahrhundert mit dem Aufkommen des Industriezeitalters zum Kardinalproblem. Die von Adam Smith euphorisch zum Programm erhobene Regierungsweise der Menschen in der zivilen Verkehrsgesellschaft offenbart ein Problem: Sie ist nicht in der Lage, allein über das Regime der freien Lohnarbeit, alle Armen in der *civil society* regieren zu können. Neben dem Gros der arbeitenden Armen (früher als *labouring poor*, heute als *working poor* bezeichnet) entsteht eine immer zahlreicher und sozial wie politisch gefährlicher werdende Agglomeration von «parasitären», «bedürftigen» und «moralisch sorglosen» Armen. Armut verwandelt sich nicht, wie angenommen, in Arbeit und wiederum in Reichtum, sondern schlägt um in Kriminalität, politische Agitation sowie moralisches und physisches Laster. Das liberale Regierungsdenken, so Bohlender, antwortet mit zwei differenten Strategien: Einer von Thomas R. Malthus ausgehenden Bio-Politik, die die gänzliche Abschaffung des alten Armenrechts zugunsten einer «natürlichen» Selektion fordert. Die andere Strategie ist durch Jeremy Bentham inspiriert, die eine utilitaristische Rationalisierung des alten Armenrechts einfordert. Auch wenn beide Positionen sich in ihrer Maximalforderung nicht durchsetzen liessen, bestimmen sie doch den Grundtenor der Diskussion um das bezeichnete Problem: Entweder die Armen sterben lassen oder sie nutzbar machen. Die erste Position fusst auf dem Werk von

Joseph Townsend, der als Erster eine bio-ökonomische Regulationsweise der Armut als Grundlage für die Regierung der Gesellschaft einführte. Ausgehend von der Annahme eines natürlichen Gesetzes der Ausbalancierung von Elend und Glück (wobei diejenigen zu den Glücklichen gehören, die den besten Gebrauch von ihrer Freiheit machen), löst sich das Problem der Armut durch diese Selektion von selbst. Aufgrund dieser natürlichen Auslese ist der Pauperismus für Townsend auch kein ernstzunehmendes Problem. Dieses Prinzip des *laissez fair-laissez mourir* wird durch das Werk von Malthus verstärkt und zieht sich bis zum *ehernen Lohngesetz* von David Ricardo und macht auf die Grenzen der liberalen Glücksverheissung aufmerksam: Es kann keine (zivile, kapitalistische) Gesellschaft geben, in der die Masse der Bevölkerung reich und glücklich ist. Der Pauperismus ist somit das Produkt der natürlichen Entwicklung einer *civil* und *commercial society* in das sich die Armen fügen müssen. Die zweite Strategie, die Bohlender als liberale Diskriminierungspolitik kennzeichnet, betrachtet die Armut als einen regelungsbedürftigen Gegenstand mittels spezifischer Regierungstechnologien wie die Zentralisierung, Rationalisierung und Ökonomisierung der Armenregierung. Insbesondere Bentham und Patrick Colquhoun konzipieren die Polizei als ein Ordnungsinstrument des Staates zur umfassenden Organisation der Wohlfahrt der Bevölkerung. Die Armenpolizei wird mittels der Prävention zur Disziplinierungsagentur, die sich dabei der Techniken der Registrierung, der Beobachtung, der Informationsoptimierung und der Ermahnung bedient. In diesem Zusammenhang wird von Bentham das als Panoptikum angelegte «wohlgeordnete Arbeitshaus» als Paradigma zur Bekämpfung des Pauperismus vertreten. Nach Bohlender wird damit der Zenit liberalen Regierungsdenkens erreicht, der in einen Neuentwurf der Gesellschaft mündet. In dieser neuen Gesellschaft fungiert das Armenhaus als sozial-moralische Abschreckungsagentur für all jene arbeitsfähigen Armen, die sich dem Nützlichkeitspostulat für die Gesellschaft zu entziehen suchen und damit der neuen Lebensweise des unabhängigen Lohnarbeiters.

An dieser zweiten Metamorphose wird besonders plastisch, wie aus den Debatten zwischen den Vertretern des Liberalismus ein doppelter Effekt entstand, der zur dritten Metamorphose überleitet: die Rationalisierung der Regierungsausbildung sowie die Anpassung an die Regeln der ökonomischen Maximierung, die sich in der Gouvernementalisierung des Staates niederschlagen. Diese dritte Metamorphose spürt der Frage nach, welcher Regierungsmechanismen und -technologien es bedarf, um den Staat zu regieren und gleichzeitig die Hegemonie der liberalen Zielrichtung

zu sichern. Nicht mehr der Staat ist nun der Leviathan, den der Liberalismus bekämpfen muss, sondern es sind die pauperisierten und politisierten Massen. Bohlender zeigt hier, wie der Liberalismus beginnt, einen «Pakt» mit dem einstigen Gegner Staat einzugehen. Insofern kann, wie eingangs erwähnt, von einer vom Liberalismus forcierten institutionellen Trennung zwischen Staat und Gesellschaft sowie von Politik und Ökonomie keine Rede sein. Vielmehr erfolgt die Herstellung eines spezifischen Verhältnisses zwischen den Bereichen, um das dringendste Problem – den Pauperismus einzudämmen ohne dabei die Armut zu beseitigen, auf welcher der Reichtum der Gesellschaft basiert – zu bekämpfen. Es kommt Anfang des 19. Jahrhunderts zur Gouvernementalisierung des Staates nach den Prinzipien des liberalen Regierungsdenkens, die sich u. a. in den neuen Armengesetzen niederschlägt.

Welchen Wert hat Bohlenders Studie für die Soziale Arbeit? Bohlender bietet ein Analyseraster an, das sich auch für die Rekonstruktion der unterschiedlichen Zeitepochen der kontinentaleuropäischen geschichtlichen Entwicklung der Sozialen Arbeit eignet. Die Verbindung der Analyse von Gouvernementalität und Ideengeschichte kann wichtige Aufschlüsse zum Verständnis der Metamorphosen Sozialer Arbeit bieten. Darüber hinaus regt Bohlender dazu an, sich profund mit der häufig als «unvermeidbar» kommunizierten politischen Rationalität auseinanderzusetzen. Lässt man sich auf den Schwerpunkt dieser Untersuchung ein, in deren Focus die Kunst des Regierens steht, wird offensichtlich, dass Soziale Arbeit sich grundlegend mit den Strategien und Legitimationsversuchen von Politik auseinandersetzen muss. Soziale Arbeit ist in ihrem Gegenstandsbereich vorrangig mit Problematiken konfrontiert, die nicht nur auf individuellen sondern ebenso gesellschaftlichen Ursachen beruhen. Deshalb gilt es, die Zusammenhänge zwischen Staat und Gesellschaft, Politik und Ökonomie usw. zu dekonstruieren, um die dahinter liegenden Strategien und Legitimationsversuche zu verstehen. Denn Soziale Arbeit wird von den Legitimationsnotwendigkeiten in einer bürgerlichen Gesellschaft nicht nur tangiert, sondern ist in diese involviert. Daraus erwachsen «soziale Zensuren», wie Kunstreich exemplarisch an der – auch von der Sozialen Arbeit – vorgenommenen Unterteilung in «berechtigte» und «nicht-berechtigte» Leistungsempfänger gezeigt hat. Plastisch werden derartige Markierungen auch gegenwärtig z. B. an dem Begriff der Leistungsbereitschaft, der Parallelen zur Nützlichkeitserwägung des liberalen Regierungsdenken erkennen lässt: Das Arbeitshaus wird damit, wenn diese Formulierung einmal erlaubt ist, zu einer prähistorischen Variante der derzeit in der Schweiz so

florierenden «Sozialfirmen». Damit besitzt Bohlenders Untersuchung eine bemerkenswerte Aktualität. Die bereits angedeuteten Parallelen zum liberalen Regierungsdenken werden gerade im Zuge der aktuellen Weltwirtschaftskrise und der zunehmenden Brisanz der sozialen Frage deutlich. Es geht um die alte und heute wieder hochaktuelle Frage: «Wie und auf welche Weise muss ein *Staat* geführt werden, der auf einer (Markt-)Gesellschaft und ihrer (lohnarbeitszentrierten) Armut aufruht?» (S. 369). Aus dem Diskurs um diese Problematik kann und darf Soziale Arbeit sich nicht heraushalten, will sie sich nicht in einen Beliebigkeitsdrall gegenüber gesellschaftspolitischen Veränderungen begeben.

Prof. Dr. Mathias Lindenau
Fachhochschule St. Gallen
Fachbereich Soziale Arbeit
Industriestrasse 35
CH-9401 Rorschach
mathias.lindenau@fhsg.ch